



Pit Metz

Wahlprogramm

zur Oberbürgermeisterwahl 2005

PDS *Marburger
Linke*

Für eine **soziale und ökologische** Kommunalpolitik in **Marburg**

Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Deregulierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, Umweltzerstörung, schleichende Klimakatastrophe, wachsender Landschaftsverbrauch, drohender Verkehrskollaps und die fortschreitende Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich sind Stichworte, die die gesellschaftlichen Verhältnisse auch in Marburg beschreiben. Die PDS/Marburger Linke will sich mit dieser Situation nicht abfinden.

Die PDS/Marburger Linke erstellte für die Kommunalwahl 2001 ein ausführliches Wahlprogramm: „Soziale Alternativen stärken – Für ein Marburg ohne Ausgrenzung“. Es beschreibt die Forderungen in allen kommunalpolitischen Feldern. Es wurde erstellt mit Wertmaßstäben, die im Humanismus wurzeln und entspringen den Erfahrungen im Engagement für eine gerechtere Gesellschaftsordnung. Die vorliegende Erklärung ergänzt dieses Programm.

Unsere Schwerpunkte

Kommunale Sozialpolitik, öffentliche Daseinsvorsorge und ökologischer Umbau sind die Schwerpunkte unserer Politik. Das heißt nicht, dass wir auf anderen Politikfeldern untätig wären. Die Auseinandersetzung mit alten und neuen Nazis oder das Engagement gegen Krieg und Menschenrechtsverletzungen sind und bleiben ein Markenzeichen der PDS/Marburger Linken. In fast allen Lebensbereichen behindern immer noch patriarchale Strukturen in Marburg die selbstbestimmte Entfaltung der Fähigkeiten von Frauen. Um eine ge-

Kommunale Selbstverwaltung: gesetzliche Grundlagen

Mit Artikel 28 Abs. 2 des Grundgesetzes wird den Gemeinden das Recht zugesprochen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. „Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung; zu diesen Grundlagen gehört eine den Gemeinden mit Hebesatzrecht zustehende wirtschaftskraftbezogene Steuerquelle“. Ergänzend hierzu steht in der Hessischen Verfassung: „Das Recht der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten wird den Gemeinden vom Staat gewährt“. Und: „Der Staat hat den Gemeinden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Er stellt ihnen für ihre freiwillige öffentliche Tätigkeit in eigener Verantwortung zu verwaltende Einnahmequellen zur Verfügung“. Diese Kernaussagen zur kommunalen Selbstverwaltung zeigen, dass unsere Kritik an der finanziellen Ausblutung Marburgs sowohl vom Grundgesetz als auch von der Hessischen Verfassung gedeckt ist.

schlechtergerechte Gesellschaft zu erreichen, müssen auf allen kommunalpolitischen Feldern Fraueninteressen aufgegriffen und durchgesetzt werden. Dies werden wir beachten.

Sozialabbau stoppen – Marburg solidarisch gestalten

„Agenda 2010“, „Operation sichere Zukunft“, „Kahles Giftliste“ und „Hartz IV“ sind zu Begriffen geworden, die für einen in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Sozialabbau stehen. Zunächst leeren die Regierenden die öffentlichen Kassen, um dann, mit dem Argument „Es ist kein Geld da“, Schritt für Schritt das soziale Netz auszudünnen. Die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich auch in Marburg. Viele Menschen, auch solche mit solider Ausbildung oder mit einem abgeschlossenen Studium, werden in Armut gedrängt. Bei den Kürzungen im Sozialetat 2004 der Stadt Marburg waren vor allem Kinder, Jugendliche und ältere MitbürgerInnen die Leidtragenden. Die Auswirkungen von „Hartz IV“, die Kürzung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau, werden auch in Marburg zu spüren sein.

Wenn jeder Mensch ein Recht auf ein menschenwürdiges Dasein hat, muss es eine soziale Grundsicherung geben, die über das bisherige Ausmaß hinausgeht. Das ist von der lokalen Ebene Marburgs alleine nicht zu schultern, aber die Möglichkeiten der Hilfe zur Selbsthilfe durch das Sozialamt und die freien Träger können verbessert werden. Ansätze wie im Projekt „Hilfepanung“ des Fachbereiches Soziales der Stadt Marburg müssen fortgeführt werden.

Der Marburger Sozialdatenbericht 2003 belegt die Notwendigkeit des kommunalen Sozialstaates. Ein unabhängiger, mobiler Sozialberatungsdienst ist sinnvoll und notwendig.

Um dies zu finanzieren, sind die Einnahmen der Stadtkasse zu erhöhen. Höhere Gewinnabführungen der städtischen Unternehmen, eine Anhebung der Gewerbesteuer oder auch der Klageweg gegen das Land Hessen und die Bundesregierung – wie ihn der Deutsche Landkreistag wegen des Konnexitätsprinzips beschritten hat – können die finanzielle Situation der Stadt Marburg deutlich verbessern.

Die Hauptforderungen der PDS/Marburger Linke an die zukünftige Marburger Sozialpolitik sind:

- ▶ Ausweitung des Leistungen des Stadtpasses
- ▶ Rücknahme der Mittelkürzungen bei freien sozialen Trägern
- ▶ Aufstocken der Mittel für den zweiten Arbeitsmarkt
- ▶ Beschäftigungsgesellschaften, an denen die Stadt Marburg beteiligt ist, müssen verpflichtet werden, ihr Hauptaugenmerk auf die Bildung und Qualifizierung der Menschen zu richten (Abschaffung der „Profitcenter“)
- ▶ Keine Zwangsverpflichtungen bei Hartz IV.

Öffentliche Daseinsvorsorge verteidigen und erneuern

Der allgemeine Zugang zu Diensten und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge ist ein Grundpfeiler unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Wer keinen oder nur einen

unzureichenden Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen z.B. zu sauberem Trinkwasser hat, kann die garantierten Grundrechte demokratischer Teilhabe nicht oder nur eingeschränkt wahrnehmen. Ebenso verhindern oftmals „kostendeckende“ Preise den allgemeinen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen. In Marburg wurden und werden kommunale Aufgaben privatrechtlich organisierten Unternehmen übertragen. Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Den BürgerInnen entgleitet zunehmend die Kontrolle über diese Unternehmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass städtische Unternehmen ein wirtschaftliches Eigeninteresse entwickeln, das sie nicht mehr von privaten Unternehmen unterscheidet. Öffentliche Daseinsvorsorge muss sich in erster Linie für die BürgerInnen auszahlen.

Wir fordern daher:

- ▶ Gleichen Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse für alle Menschen
- ▶ Sozial verträgliche Gebühren und Preise für diese Dienstleistungen
- ▶ Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen und KundInnen der städtischen Betriebe
- ▶ Keine weiteren Umwandlungen von öffentlichen Unternehmen in privatwirtschaftliche Rechtsformen
- ▶ Kein Übertragung städtischer Dienstleistungen an private Firmen
- ▶ Erhalt tariflicher Standards in städtischen Unternehmen.

Direkte Demokratie wagen – für mehr BürgerInnenbeteiligung

Die Kontrolle und Durchschaubarkeit der Entscheidungen des Marburger Magistrats und des Stadtparlaments kann durch eine größere BürgerInnenbeteiligung verbessert werden. Vorhandene Beteiligungsformen (die Gruppen der lokalen Agenda 21, BürgerInnenversammlungen, BürgerInnenentscheide, „Runde Tische“) sollten öfter genutzt und neue Beteiligungsformen (Planungszellen, Beteiligungshaushalt) entwickelt werden. Die Ergebnisse von bürgerschaftlichem Engagement müssen in die kommunalen Entscheidungen tatsächlich einfließen. Wir fordern daher:

- ▶ Regelmäßige BürgerInnenversammlungen in den Stadtteilen
- ▶ Einrichtung von Ortsbeiräten in allen Stadtteilen
- ▶ Antrags- und Rederecht in den Ausschüssen und im Stadtparlament für mehr Bevölkerungsgruppen (z.B.:Ortsbeiräte, Ausländerbeirat)
- ▶ Beteiligung der BürgerInnen an der Aufstellung des Haushaltes.

Die kulturelle Vielfalt Marburgs sichern

Marburgs Kulturlandschaft ist ebenso vielfältig wie attraktiv. Die Kulturangebote sind bedeutsame Faktoren bei der Studienortwahl und im überregionalen Tagestourismus geworden. Mit dem „Kulturentwicklungsplan“ ist ein sinnvoller Weg eingeschlagen worden. Gleichwohl hängt die Existenz vieler Kulturprojekte von der Haushaltslage der Stadt Marburg ab. Viele Projekte stehen vor dem „Aus“, wenn nicht zusätzliche Mittel gewährt werden. Privates Sponsoring, Anhebung der Eintrittspreise und Erhöhung von Teilnehmerbeiträgen bieten keine langfristigen Perspektiven.

Ist ein anderes Marburg möglich?

Gemeinsam Alternativen entwerfen und Gegenwehr organisieren

Wir wenden uns mit unseren Vorstellungen an Vereine, Initiativen und Einzelpersonen mit der Bitte, dabei zu helfen, einen öffentlichen Diskurs in Marburg zu beginnen. Einen Diskurs, wie die Menschen in Marburg die Zukunft unserer Stadt gestalten wollen. Auf welche Art und Weise soll das Zusammenleben in Marburg geändert werden, um eine solidarische Gemeinschaft zu gestalten? Kann wirtschaftliches Wachstum auf Dauer ein Lösungsansatz für die ökonomischen Probleme sein? Welche Bedingungen in Marburg fördern menschliches Wohl-Sein? Welche fördern Destruktivität, welche machen krank?

Wenn wir auf diese Fragen eine ehrliche Antwort suchen, kommen wir an einem grundlegenden ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Umbau auch unserer Stadt nicht vorbei.

Der neoliberale Kurs der vergangenen Jahre erweist sich mehr und mehr als ein Irrweg, der die Gesellschaft in noch mehr Arme und immer reicher werdende Wenige spaltet.

Die politische Konkurrenz behauptet, zu ihrer Politik gäbe es keine Alternativen. Die bestimmenden politischen Kräfte in diesem Land und in Marburg haben sich unisono dem ökonomischen Diktat des Neoliberalismus unterworfen. Statt bei ihren Entscheidungen darauf zu achten, was gut ist für die Menschen, interessiert die Verantwortlichen nur, was gut ist für den Profit. Alle Lebensbereiche werden zum Rohstoff für Kapitalverwertung umfunktioniert: „Alles muss sich rechnen.“

Wir bieten keine fertigen Antworten für diese Fragen an. Wir wollen im Dialog mit den BürgerInnen Marburgs diese Zustände und Prozesse benennen. Wir helfen mit, dass sich der Protest gegen diese Zustände artikuliert. Gemeinsam mit den betroffenen Menschen erarbeiten wir Möglichkeiten zur Veränderung. Auf allen gesellschaftlichen Ebenen, ob im Betrieb, an der Uni, in den Schulen, im Stadtparlament oder auf den Straßen, überall dort, wo Menschen an den herrschenden Verhältnissen leiden, werden demokratische SozialistInnen verlässliche PartnerInnen sein im Ringen um eine menschlichere Gesellschaft.

Unsere Forderungen:

- ▶ Keine Kürzung im Kulturretat, sondern Anhebung auf das Niveau anderer vergleichbarer Universitätsstädte
- ▶ Erhöhung des städtischen Anteils für das „KFZ“
- ▶ Gewährung von Projektmitteln für die „Waggonhalle“ und „Theater Gegenstand“

Ökologischer Umbau – mehr Taten statt Worte

„Global denken, lokal handeln“, unter diesem Leitwort bemühen sich Menschen weltweit, ihre Wirtschafts- und Lebensweise zu ändern, um eine Zerstörung unseres Lebensraumes zu

verhindern. Zahlreiche Nachhaltigkeitsstrategien wurden für die unterschiedlichen politischen und wirtschaftlichen Ebenen entworfen. In Marburg haben sich viele BürgerInnen an dem Prozess der Lokalen Agenda 21 beteiligt. Leider verschwinden viele Vorschläge zum Verkehr, für eine nachhaltige Stadtentwicklung und für eine Energiewende, hin zu erneuerbaren Energien, in den Schubladen der Verwaltung.

Für Marburg sollte eine Klimaschutz- und Innovationsstrategie aus einem Guss geschaffen werden, so wie sie das Wuppertalinstitut für die Landkreise Gießen und Lahn-Dill entwickelt hat. Die vorhandenen Ansätze in den kommunalpolitischen Feldern Verkehr (Verkehrsentwicklungsplan), Stadtplanung, Stadtentwicklung und Energieversorgung sind in einer fächerübergreifenden Planung zusammenzuführen und konsequent Schritt für Schritt umzusetzen.

Erneuerbare Energien nutzen – Energieeffizienz steigern

Die zaghaften Ansätze im Energiebereich (Gebäudemanagement, Schulwettbewerb, Gebäudepass usw.) reichen nicht aus. Eine Energiewende in Marburg wird nur dann möglich sein, wenn auf allen Ebenen, vom Privathaushalt über den Gewerbebetrieb bis hin zur Stadtplanung, bei allen AkteurInnen, vom Studierenden über den Handwerksmeister bis hin zum Oberbürgermeister, alle Lebensbereiche auf Möglichkeiten des Energieeinsparens und des Einsatzes regenerativer Energien abgeklopft werden.

Marburg braucht eine Energieagentur, die nicht erst dann aktiv wird, wenn ihre Dienste nachgefragt werden, sondern aus eigenem Antrieb beim Neubau, bei der Sanierung und beim Umstieg umfassend berät und Hilfestellung auch bei Errechnung der Kosten bietet. Viele Städte in ganz Deutschland machen es vor, wie der intelligente Einsatz erneuerbarer Energien nicht nur dem Klimaschutz dient, sondern auch den Stadtsäckel entlastet.

Wir fordern:

- ▶ Einrichtung einer Energieagentur beim Amt für Wirtschaftsförderung
- ▶ Energiegewinnung aus Biomasse
- ▶ Marburg muss in die „Bundesliga“ der Solarenergieproduzenten
- ▶ Erfüllung der Selbstverpflichtungen aus der Mitgliedschaft im Klimabündnis

Verkehr – den Kollaps verhindern

Marburg erstickt im PKW-Verkehr. Die kleinen Verbesserungen für den Bus-, Rad- und Fußverkehr haben nichts daran geändert, dass die schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen (Kinder, Alte, Behinderte) weiterhin das Nachsehen haben. Viele Vorschläge zur Verkehrsberuhigung wurden durch den Oberbürgermeister gestoppt. Die mühsam erarbeiteten Kompromisse, die das Verkehrsforum erarbeitet und denen das Stadtparlament 1998 zugestimmt hatte, scheinen vergessen. Der Verkehrsentwicklungsplan für den Norden liegt auf Eis.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass es eine Verbesserung für die umweltfreundlichen Verkehrsarten nur auf Kosten des PKW-Verkehrs geben kann. Eine Auslagerung des Durchgangsverkehrs auf die Stadtautobahn und die Einrichtung einer RegioTram, die auch in der

Der Wahlkampf und **unser Kandidat**

Wir sind nicht so vermessen und realitätsfern zu glauben, dass unser Kandidat Pit Metz bei den Oberbürgermeisterwahlen auf Anhieb eine Mehrheit der WählerInnen in Marburg für sich gewinnen wird. Dennoch sind wir davon überzeugt, dass es notwendig und richtig ist, unsere Vorschläge zur Zukunft Marburgs in diesen Wahlkampf einzubringen. Die BürgerInnen Marburgs sollen sehen, dass es Alternativen zur ganz großen Koalition der Sozialabbauer und Privatisierungsfetischisten gibt.

Es bleibt festzuhalten, dass die anderen Kandidaten, die der CDU, SPD, FDP und der Marburger Bürgerliste angehören, zwar soziale Missstände allgemein beklagen, aber die Grausamkeiten der jeweils eigenen Bundes- bzw. Landesregierung jedoch achselzuckend zur Kenntnis nehmen. Einmütig behaupten sie, dass es zu ihrer Politik keine Alternativen gäbe. Die umsetzbaren Vorschläge der PDS/Marburger Linke zum Sozialhaushalt der Stadt Marburg wurden von allen Gegenkandidaten, soweit sie im Stadtparlament vertreten sind, abgeschmettert.

Eine Stimme für Pit Metz wird eine Stimme für mehr soziale Gerechtigkeit, für mehr Mitbestimmung und Teilhabe und für einen konsequenten ökologischen und sozialen Umbau sein. Ein starkes und überzeugendes Votum für den Gewerkschafter Pit Metz wird den zukünftigen Oberbürgermeister der Stadt Marburg mahnen, die soziale Spaltung Marburgs nicht weiter voranzutreiben. Demokratische Mitbestimmung und die Teilhabe der BürgerInnen müssen gefördert werden.

Setzen sie ein deutliches Zeichen!

Legen Sie bei der Oberbürgermeisterwahl einen linken Denkkzettel in die Wahlurne!

Wählen Sie Pit Metz!

Innenstadt verkehrt, können Abhilfe leisten.

Wir fordern:

- ▶ umgehende Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans Nordstadt
- ▶ Vorrang des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des Radverkehrs
- ▶ Schluss mit der Verlärmung des Lahntals: Tempo 80 (PKW) und 60 (LKW) auf der B3A
- ▶ Ausweisung weiterer Tempo-30-Zonen
- ▶ Keine neuen Verkehrsmagneten in der Innenstadt (Center, Parkhäuser)
- ▶ Statt neuer Siedlungsgebiete auf dem Land, Wohnverdichtung in der Innenstadt
- ▶ Erstellen eines Gesamtkonzeptes „Nachhaltige Stadtentwicklung“.

Pit Metz

Pit Metz wurde 1953 in Weinheim an der Bergstraße geboren. Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern. In Marburg schloss er ein Studium der Pädagogik ab und arbeitet als Rehabilitationslehrer für Blinde und Sehbehinderte. Er ist zurzeit freigestellter Betriebsratsvorsitzender der Blindenstudienanstalt (Blista) und stellvertretender Vorsitzender des DGB-Kreisverbandes. Pit Metz ist parteilos und seit 2002 Stadtverordneter der PDS/Marburger Linke. Im Juli 2004 wurde er einmütig als ihr OB-Kandidat nominiert.

In seiner Freizeit betätigt er sich als Laienschauspieler, rezitiert an Lyrik-Abenden, organisiert Kunstausstellungen im Betriebsratsbüro der Blista und spielt gerne mit seinen Freunden Skat.



PDS Marburger Linke

Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg
Tel.: 06421-163873, Fax: 06421-175618
Internet: www.pds-marburg.de
E-mail: marburger.linke@pds-marburg.de

Die PDS/Marburger Linke ist ein kommunalpolitisches Bündnis aus Einzelpersonen und der PDS. Sie verfügt seit 1997 über vier Stadtverordnete und seit 2001 über einen Stadtrat im Magistrat.

- **Eva Chr. Gottschaldt**, Fraktionsvorsitzende, Sozialpolitik, Tel. 961961, E-mail: tablo@t-online.de
- **Astrid Kolter**, Stadtentwicklung, Umwelt, Tel. 979145
- **Henning Köster**, Haushalt, Verkehrspolitik, Tel. 65752, E-mail: henning_koester.mr@t-online.de
- **Pit Metz**, Gewerkschaftspolitik, Umwelt, Tel. 682336, E-mail: pitmetz@gmx.de
- **Nico Biver**, Stadtrat, Tel. 681506, E-mail: nbiver@web.de

Ich möchte mich engagieren:

- Ich werde eine Spende auf das Konto der PDS Marburg-Biedenkopf überweisen:
Konto.-Nr. 531 243, Marburger Bank, BLZ 533 900 00
- Ich möchte die PDS-Zeitung NEUES MARBURG bekommen
- Ich will bei der PDS/Marburger Linke mitmachen

Name

Vorname

Straße

Ort

E-mail: